AL 1-73

Heute das Morgen in NRW gestalten

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Landesdelegiertenkonferenz BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN NRW 16. August, Dortmund

Antragsteller*in: Berivan Aymaz (KV Köln)

Änderungsantrag zu AL 1

Von Zeile 73 bis 74 einfügen:
arbeitet, ob mit deutschem, rumänischem oder bulgarischem Pass, hat den Anspruch, vor Ausbeutung und Gesundheitsgefahren geschützt zu werden.

Die Corona-Pandemie ist für uns alle nicht nur eine große Herausforderung, sie deckt auch systembedingte Missstände gnadenlos auf. Die Massenunterbringung von Geflüchteten über einen längeren Zeitraum – teilweise sogar bis zu 24 Monate – die hier in NRW von der schwarz-gelben Landesregierung 2018 mit dem sog. Asylstufenplan eingeführt wurde, war für uns Grüne schon vor der Corona-Krise inakzeptabel, aber jetzt zeigen sich ihre schwerwiegenden Folgen schonungslos.
Die Bewohnerinnen und Bewohner der Flüchtlingsunterkünfte teilen sich oftmals mit mehreren Personen ein Zimmer, sanitäre Anlagen und Gemeinschaftsküchen, die angemessene Hygiene- und Schutzstandards insbesondere während einer Pandemie unmöglich machen. Eine aktuelle Studie der Universität Bielefeld belegt, dass Geflüchtete in Sammelunterkünften aufgrund der beengten Verhältnisse besonders gefährdet sind. Wir Grüne haben uns von Anfang an gegen die Kasernierung von Geflüchteten stark gemacht. Jetzt zeigt sich, dass der „Asylstufenplan“ von Minister Stamp gescheitert ist. Daher fordern wir, Geflüchtete möglichst schnell dezentral in den Kommunen unterzubringen.
Vulnerable Personen und Menschen, die den sog. Covid-19-Risikogruppen angehören, müssen in den Flüchtlingsunterkünften systematisch und schnell identifiziert und erfasst werden, um für sie besondere Schutzbedarfe berücksichtigen zu können wie z.B. Unterbringung in getrennten Räumen, Schutz vor Gewalt in Quarantäne, psychologische Betreuung, um Retraumatisierung zu vermeiden.
Alle Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft, müssen präventiv und in geeigneter Weise über Corona, allgemeine Schutzmaßnahmen und Verhalten im Erkrankungsfall umfassend aufgeklärt werden. Informationen dienen nicht nur der Vorbeugung von Krankheit, sondern sie bauen auch Ängste und Unsicherheiten ab, verhindern Missverständnisse und ermöglichen gezielte Vorsorge. Neben mehrsprachigen Informationsangeboten müssen für Aufklärung und Prävention auch verstärkt Sprachmittler*innen eingesetzt werden. In allen Unterkünften für Geflüchtete muss zudem der kostenlose Zugang ins Internet gewährleistet werden.

Unterstützer*innen

Andreas Franco (KV Köln); Sven Lehmann (KV Köln); Vera Stallmann (KV Bochum); Carlos Echegoyen (KV Bonn); Benjamin Rauer (KV Minden-Lübbecke); Jule Wenzel (KV Duisburg); Jonathan Sieger (KV Köln); Nyke Slawik (KV Leverkusen); Cudi Zerey (KV Köln); Jutta Velte (KV Remscheid); Sigrid Beer (KV Paderborn); Zoey Prigge (KV Köln); Max Lucks (KV Bochum); Adrianna Gorczyk (KV Gelsenkirchen); Schahina Gambir (KV Bielefeld); Lena Maria Zingsheim-Zobel (KV Mönchengladbach); Martina Rosenthal (KV Rhein-Erft-Kreis)